



„Die Schweizer Neutralität ist ein komfortabler Anachronismus“

INTERVIEW Können Staaten heute noch politisch neutral sein? Nein, meint **ROGER DE WECK**, jedenfalls nicht in Europa. Ein Gespräch über die „helvetische Orientierungslosigkeit“

Herr de Weck, wir stellen zu Beginn eine These in den Raum und bitten Sie um eine kurze Einordnung: Neutralität im geopolitischen Kontext wird zu einer Utopie. Utopie ist zu freundlich formuliert. Neutralität ist schlicht eine Illusion, ein Betrug und Selbstbetrug.

Ihr Heimatland, die Schweiz, ist diesbezüglich das beste Beispiel. Nicht nur – blicken Sie nach Norden! Sobald es gefährlich wird, flüchten Finnland und Schweden in die Nato. Das war eine Schönwetter-Neutralität.

Bevor wir auf die beiden Länder zu sprechen kommen, möchten wir zurück zur Schweiz, die einen anderen Weg geht. Der Bundesrat hat am 28. Februar 2022 die Sanktionen der Europäischen Union gegen Russland übernommen und somit deren Wirkung verstärkt. Ist das nicht schon eine klare Abkehr von der politischen Neutralität? Wäre die Schweiz im Konflikt mit Russland ein Frontstaat, wäre sie bereits heute nicht mehr neutral. Die Eidgenossenschaft ist eine Trittbrettfahrerin der Nato, ihre Sicherheit hängt voll und ganz von diesem Militärbündnis ab. Der US-Botschafter in Bern hat es auf den Punkt gebracht: Die Nato ist der Donut und die Schweiz das Loch in der Mitte.

Stimmen Sie dem zu?
Ja.

Inwiefern?
Die Schweiz kann sich ihre Neutralität nur leisten, weil es die Nato gibt. Zu deren Leistungsfähigkeit tragen die Eidgenossen aber nicht bei. Die Schweizer Neutralität ist ein komfortabler Anachronismus.

Warum wäre die Schweiz nicht in der Lage, sich selbst zu verteidigen? Das Schweizer Bundesheer ist zwar klein, verfügt aber über hochmoderne Waffensysteme, und die topografischen

Begebenheiten der Schweiz erschweren einen Einmarsch enorm. Im Zweiten Weltkrieg hätte die Schweiz nur die Alpen verteidigt und den Rest des Landes, das heißt 90 Prozent der Bevölkerung, preisgegeben. Das wäre heute in einem Landkrieg nicht anders.

Schauen wir mal auf die Debatte in der Schweiz. Befürworter und Gegner der Neutralität gehen in ihrer Argumentation weit zurück. Die Regierung fühlt sich rechtlich noch immer an die Haager Konvention von 1907 gebunden, nach der ein neutraler Staat alle Kriegsparteien gleich behandeln muss. Das heißt, dass der Bundesrat auch Waffenlieferungen an Russland genehmigen müsste, wenn er sie an die Ukraine erlaubt. Wenn man sich auf jahrhundertalte Paragraphen stützt, in denen altertümlich selbst das „Fernmeldewesen“ geregelt ist – wie soll die Schweiz je den Sprung in die Zukunft schaffen und sich zum Beispiel gegen Cyberangriffe wehren? Gute Frage. Im Cyberkrieg gibt es überhaupt keine Neutralität. Es können Unternehmen, ganze Branchen und Infrastrukturen in einer Nation oder transnational angegriffen werden. Bei einem Cyberangriff lässt sich nicht eindeutig feststellen, was Krieg ist und was noch nicht Krieg ist. Und: Gegen größere Cyberangriffe kann man sich nur in Kooperation mit Partnern verteidigen. Neutralität läuft hier ins Leere.

In einem Artikel, den Sie für das Rotary Magazin 2020 schrieben, haben Sie Immanuel Kant mit folgendem Satz zitiert: „Freiheit ist die Unabhängigkeit von einem Anderen nöhigender Willkür.“ Diese Freiheit hat die Schweiz nun verloren, weil sie unter dem Druck des Westens die Sanktionen gegen Russland mitträgt. Ist sie damit nicht zum willfähigen Gehilfen degradiert, der westliche Interessen im Ukraine-Krieg unterstützt? Lassen Sie mich klar zwischen dem Neutralitätsrecht und der Neutralitätspolitik unterscheiden. Das erwähnte 5. Haager Abkommen von 1907 stellt rechtliche Mindestanforderungen an neutrale Staaten. Innerhalb dieses juristischen Rahmens kann ein

Landesverteidigung während des Zweiten Weltkriegs: Eine Schweizerfahne wird an der Grenzstation in Boncourt/Ajoie im Oktober 1944 auf die Straße gemalt. Die Grenze war geschlossen, die Schweiz aufgrund ihrer Neutralitätspolitik isoliert





» Land seine Neutralität sehr strikt oder weniger strikt handhaben, das ist dann Neutralitätspolitik.

Das Neutralitätsrecht ist überholt. Es entstand zu einer Zeit, in der atomare Konflikte noch unvorstellbar waren und es kaum „Dual Use“-Güter gab, die sowohl militärisch als auch zivil genutzt werden können. Das 5. Haager Abkommen untersagt Waffenlieferungen nur an die eine Kriegspartei. Aber weit über diese Bestimmung hinaus verbietet die Schweiz den Nato-Ländern die Wiederausfuhr schweizerischer Waffen: Was sie vor Jahren in der Eidgenossenschaft gekauft hatten, dürfen sie nicht der Ukraine zur Verfügung stellen. Das ist Schweizer Neutralitätspolitik. Doch die hat sich über die Jahrzehnte enorm gewandelt. Es gab zu Zeiten des Völkerbunds die „differenzielle Neutralität“, daraufhin die „integrale Neutralität“, und seit 1993 sind Wirtschaftssanktionen zulässig, soweit die Vereinten Nationen sie verfügt haben. Zuletzt hatten wir eine Diskussion über die „kooperative Neutralität“, doch die Regierung wollte davon nichts wissen. Die rigide, im Grunde überholte Neutralitätspolitik des heutigen Schweizer Bundesrats ist den Partnern im Westen schlicht und einfach nicht zu vermitteln.

Neutralität ist aus Schweizer Sicht ein bedeutendes Wort, aber wir können mit Blick auf die Schweiz heute nicht mehr wirklich davon sprechen. Wäre es jetzt nicht konsequent, die betreffenden Artikel 173 und 185 zu ändern? Die Neutralität selbst ist in unserer Bundesverfassung nicht als Staatsziel verankert, weder in der Präambel noch in den außenpolitischen Grundsätzen. Nirgends. Das haben die Schweizer sehr bewusst unterlassen. Die Neutralität ist ja bloß ein Instrument oder sollte bloß eines sein. Dieses Instrument war zweckmäßig zu einer Zeit, als an der Schweizer Grenze europäische Kriege tobten, meistens Deutschland gegen Frankreich, aber auch Konflikte etwa mit Habsburg. Heute hat die Neutralität keine historische Rechtfertigung mehr. Sie ist ein überholtes Instrument. Anders gesagt:

Die Schweiz wollte bloß die Nische sein, in der man tut, was woanders verboten ist, etwa Steuerhinterziehung oder einen rücksichtslosen Rohstoffhandel

Neutralität ist eine identitätsstiftende Schweizer Lebenslüge, an der die Eidgenossen hängen wie an ihren Bergen.

In Artikel 173 der Bundesverfassung heißt es: „Die Bundesversammlung hat zudem folgende Aufgaben und Befugnisse: Sie trifft Maßnahmen zur Wahrung der äußeren Sicherheit, der Unabhängigkeit und der Neutralität der Schweiz.“ Somit ist die Neutralität doch verankert.

Die Bundesversammlung darf solche Maßnahmen treffen, muss sie aber nicht. Das ist eine politische Erwägung.

Eine wichtige Feinheit.

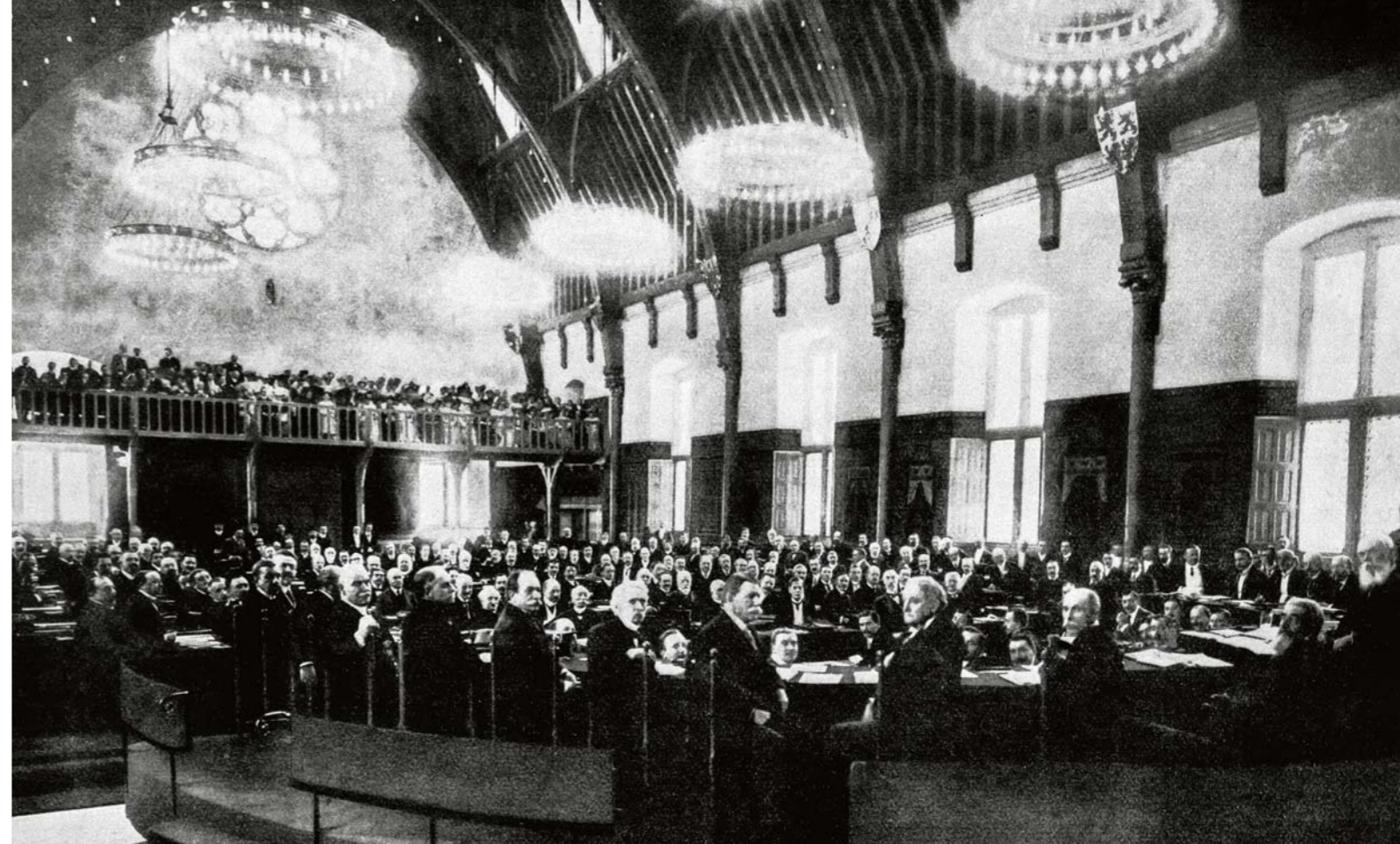
Wir leben in Zeiten, in denen die schweizerische Volkswirtschaft ähnlich wie die deutsche enorm globalisiert ist. Mit dem Westen wirtschaftlich vollends verflochten zu sein, aber die politische Solidarität zur EU und zu den USA zu verweigern ist nicht länger haltbar. Die Schweiz wird hier über die Bücher gehen müssen. Aber wie so oft macht mein Land das Richtige zu spät.

Fällt es der Schweiz nicht auch deswegen schwer, weil das egalitäre Bewusstsein ihrer Bewohner, niemanden über sich zu dulden, Teil der Schweizer DNA ist? Auch weil man weiß, dass man nur der Befehlsempfänger für die EU und die USA ist? Das ist die Schweiz heute in vieler Hinsicht. Bei der Credit-Suisse-Rettung war der Einfluss der USA maßgeblich, die angeschlagene Großbank auf die Schnelle mit der UBS zu fusionieren. Vernünftiger wäre es gewesen, die Credit Suisse vorübergehend zu verstaatlichen. Denn nach Übernahme der Credit Suisse ist die UBS viel zu groß für ein kleines Land wie die Schweiz – ihre Bilanzsumme beträgt das Doppelte unseres Bruttosozialprodukts. Auch bei der Preisgabe des Schweizer Bankgeheimnisses, das in Wahrheit ein Steuerhinterziehungsgeheimnis war, gab es keine Alternative, als dem Druck der USA und der EU nachzugeben. Die Schweiz verändert sich seit je erst unter ausländischem Druck.

Aber kam nicht die Kraft der Schweiz auch immer gerade daher, in der Mitte zu stehen und mit allen einen Dialog zu führen? Vier Sprachen, zwei große christliche Religionsgemeinschaften und trotzdem alle zusammen.

Je größer der Außendruck, desto stärker der innere Zusammenhalt. Nie war die Schweiz so vereint wie im Zweiten Weltkrieg: umgeben von Nationalsozialisten im Norden, von Faschisten im Süden und von Pétainisten im Westen, also Anhängern des Kollaborateurs und Marschalls Philippe Pétain. Da war ein gewaltiger nationaler Zusammenhalt. Deshalb suggeriert heute der starke Mann der Schweizer Populisten, Christoph Blocher von der Schweizerischen Volkspartei, die Europäische Union sei das „Vierte Reich“. Immerzu beschwört er den schlimmen Außendruck, unter dem die Schweiz stünde. Dabei ist die EU die beste Partnerin, die die Schweiz je in ihrer Geschichte hatte. Die EU hat zum Vorteil des Exportlands sowie ihrer transnationalen Konzerne einen großen europäischen Markt und eine einheitliche Währung geschaffen. Sie hat die Personenfreizügigkeit eingeführt, von der die kleine Eidgenossenschaft massiv profitiert: Ein Schritt, und schon ist man im Ausland! Im Wechselspiel mit der Nato hat die EU zudem für etwas Ordnung auf dem Kontinent gesorgt. Noch nie hatte die Schweiz einen so erfreulichen Nachbarn. Er wird aber als Bösewicht hingestellt, der die Eidgenossen knechte oder übervorteile. Das ist der Schweizer Spagat, der das Land verspannt und seine Europapolitik blockiert. Der tiefere Grund für die helvetische Orientierungslosigkeit liegt darin, dass sich die Schweiz nie an der Neuordnung des eigenen Kontinents beteiligen wollte. Sie wollte bloß die Nische sein, in der man tut, was woanders verboten ist, etwa Steuerhinterziehung oder jetzt einen oft rücksichtslosen Rohstoffhandel. Doch im heutigen digitalen Zeitalter werden alle Nischen nacheinander ausgehebelt, weil alles bekannt wird im Zuge der „Paradise Papers“ oder „Swiss Leaks“. Die Neutralität als Geschäftsmodell ist ein Auslaufmodell.

Wenn die Neutralität ein Auslaufmodell ist, stellt sich unweigerlich die Frage, zu welchem Lager man künftig gehören wird: zum westlichen Lager der USA oder zu China? Der frühere US-Außenminister Henry Kissinger warnte jüngst davor, dass den USA und



Zweite Haager Friedenskonferenz, 15. Juni bis 18. Oktober 1907: Heutige Befürworter der Schweizer Neutralität berufen sich noch immer auf die Konvention von 1907

China weniger als zehn Jahre blieben, den dritten Weltkrieg zu verhindern und eine friedliche Koexistenz beider politischer Systeme zu regeln. Stimmen Sie ihm zu?

Es eröffnet sich eine Alternative, sofern die Europäer zusammenstehen und stark genug sind. Dann werden sie weder blindlings der amerikanischen Logik folgen, man könne China ausgrenzen, noch der chinesischen Logik der Arroganz nachgeben. Sie können eigene Interessen durchaus in Partnerschaft mit den USA und in Systemrivalität zu China vertreten. Dazu bedarf es der europäischen Einigung, sie ist im elementaren Interesse auch des Exportlands Schweiz.

Erste Ergebnisse dieses Außendrucks auf Europa zeigen sich. Zwei europäische Staaten geben in der Sicherheitspolitik ihre Neutralität auf: Finnland und Schweden. Während Schweden noch auf die Zustimmung der Türkei wartet, ist Finnland bereits Nato-Mitglied. Damit hat sich die Nato-Grenze zu Russland verdoppelt. Bedient dieser Beitritt nicht Putins Narrativ, Russland sei von der Nato bedroht und rücke immer weiter an ihn heran? Das hat sich Putin selbst zuzuschreiben.

In Finnland ist der Schritt riesig nach acht Jahrzehnten Neutralität: zunächst aufgezwungener und dann stark internationalisierter Neutralität. Die Gefahr war einfach zu groß geworden. Finnland dient als Muster dafür, was sich im besten Fall in der Ukraine entwickeln könnte. Die Finnen hatten sich im Winterkrieg gegen die Sowjetunion heldenhaft verteidigt. Sie mussten enorme Verluste und am Schluss große territoriale Zugeständnisse hinnehmen. Aber im kollektiven Unterbewusstsein Russlands blieb die Erfahrung haften: Leg dich nicht noch einmal mit den Finnen an! Bei den Schweden war die Neutralität ähnlich wie im Fall der Schweiz Lebenslüge und Identitätsmerkmal. Es war bequem, sich herauszuhalten. Mit einer starken Armee im Rücken sah man die Bündnisfreiheit als moralischen Mehrwert. Es hieß, man ist blockfrei im Frieden und neutral im Krieg. Jetzt sind die Schweden weder blockfrei im Krieg noch neutral im Frieden. Sie wollen in die Nato. Das hat aber eine Vorgeschichte. Das schwedische Militär hat sich bereits in den 90er Jahren

im Bosnien-Krieg einem Nato-Kommando unterstellt. Der technische und organisatorische Standard der Schweden wurde nach und nach dem der Nato angepasst. Es war ein diskreter, langer Weg. Sobald die Türkei zustimmt, ist Schweden ein wirksamer Teil des Bündnisses.

Ist das der Beginn einer großen internationalen Transformation zu einer Renaissance des alten Ost-West-Konfliktes?

Das glaube ich nicht. Dafür hat Russland viel zu wenig zu bieten. Das entscheidende Kräfteverhältnis wird zwischen dem Westen und China stattfinden, gerade vor dem Hintergrund von ChatGPT. Die künstliche Intelligenz lebt derzeit zu 95 Prozent von der Einspeisung westlicher Erkenntnisse. Es ist somit eine sehr westliche Intelligenz. Totalitäre Länder, die behindern, dass KI frei und umfassend gefüttert wird, ziehen früher oder später den Kürzeren.

Täuscht der Eindruck, dass es im Konflikt zwischen Russland und vor allem China auf der einen und den USA auf der anderen Seite schwieriger geworden ist, zu keiner Seite zu gehören? Genauso ist es.

»



» Neutralität kann ja nicht gleichgestellt werden mit Passivität oder Pazifismus.

Neutralität bleibt für die meisten Schweizer wichtig. Denn sie hat eine lange Tradition. Sie stammt daher, dass es sowohl für den deutschen Kaiser als auch für den französischen König unerträglich gewesen wäre, wenn der andere die Alpenpässe beherrscht hätte. Deswegen brauchten sie ein Niemandsland, daraus wurde die Schweiz. Ich schematisiere extrem. Solche Neutralität wurde erst im Nachgang

Ein Land, das sich dies leisten kann. Es läge im europäischen Interesse, die Beziehung zu Indien zu intensivieren. Wirtschaftlich war Indien in der jüngeren Vergangenheit das wesentlich schwierigere Land als China. Die totalitäre Volksrepublik wird aber zusehends unberechenbar und rechtsunsicher. So wie die Deutschen auf die chinesische Karte gesetzt haben, so investieren die Franzosen massiv in Indien. Das scheint mir zwar holpriger zu sein, aber nachhaltiger und klüger.

Globalisierer war, dass sie endlich einen Weltmarkt bekämen, der sich dem Zugriff der Staaten und der Politik entzöge. Das Ergebnis dieser Anarchie ist der politisiertesten Weltmarkt seit Langem. Solche Zügellosigkeit rächt sich jetzt.

Das Fazit lautet somit: Außen- und Sicherheitspolitik lassen sich nicht von Wirtschaftspolitik trennen.

Wandel durch Handel war die deutsche Lebenslüge. Man mag es auch so formulieren: Es gab sehr wohl Wandel durch Handel – indem sich Deutschland in seinen Mentalitäten und Abhängigkeiten viel stärker gewandelt hat als die Volksrepublik China oder Russland. Im Zweifel haben sich deutsche Wirtschaftsführer angepasst, nicht die chinesische Nomenklatura.

Kommen wir zum Abschluss unseres Gesprächs zurück zur Schweiz. Wie muss die Schweizer Zeitenwende aussehen?

Bern wird den westlichen Partnern die Wiederausfuhr von schweizerischen Waffen und Munition erlauben. Das jetzige Verbot wird die erste Verteidigungslinie sein, die einbricht. Die nächste wird sein, dass die Eidgenossenschaft ihre Neutralität flexibilisiert. Die Verurteilung eines völkerrechtswidrigen Kriegs durch eine qualifizierte Mehrheit in der Uno-Generalversammlung taugt hier als Kriterium, um Waffenlieferungen zu ermöglichen. Die Schweiz ist selten für große Würfe zu haben. Viele Probleme diskutiert sie weniger, als dass sie diese allmählich verdaut. Am Schluss kommt oft was Vernünftiges heraus.

Ein schöner Schlusssatz mit positivem Grundton.

Es ist eine Konstante der Schweizer Geschichte, dass sie ihre großen Entwicklungsschritte unter ausländischem Druck tut. Bis die Schweizer sich untereinander verständigen, von der Appenzeller Bergbäuerin bis zum Genfer Bankier, dauert es. Die trennen Welten. Was sie eint, ist das Staatsverständnis und das gemeinsame Interesse – das sie dann erkennen, wenn der Außendruck groß wird. Es ist nicht edel, aber wirksam. ●

Das Gespräch führten Florian Quanz und Björn Lange.

Die ungekürzte Version des Interviews lesen Sie unter rotary.de/a22060

Die Schweiz ist selten für große Würfe zu haben. Viele Probleme diskutiert sie weniger, als dass sie diese allmählich verdaut

zum Wiener Kongress 1815 offiziell. Es ist also vornehmlich eine alte Tradition des politisch-militärischen Rückzugs zugunsten des weltweiten Ausgreifens in Handel und Industrie. Davon kommen die Schweizerinnen und Schweizer nicht so schnell weg. Aber als sicherheitspolitisches Element ist die Neutralität überholt. Doch wie immer werden die Schweizerinnen und Schweizer wohl keine Grundsatzdebatte führen, vielmehr werden sie wie ein Eichhörnchen die Neutralität hier und dort anknabbern, bis im Grunde wenig davon übrig bleibt. Im Nord-Süd-Konflikt gilt die Schweiz sowieso nicht als neutral. Die Länder des globalen Südens sehen die Schweiz wirklich nicht als ein neutrales Land.

Japan hat 2015 seine Verfassung geändert und darf fortan das Recht zur „kollektiven Selbstverteidigung“ anwenden und sogar an der Seite von Verbündeten wie den USA kämpfen, auch wenn es selbst gar nicht angegriffen wurde. Die Gruppe der blockfreien Staaten scheint immer mehr zu schrumpfen – oder täuscht der Eindruck?

Solange die Volksrepublik eine aggressive Außenpolitik namentlich im Südchinesischen Meer verfolgt und aggressive Töne anschlägt, wird Blockfreiheit dort schwer sein. Wir müssen aber auch erkennen, dass China keine imperialistische Tradition hat. Es ist ein Riesenland, das über Jahrhunderte in sich ruhte, auch wenn es etliche Grenzkonflikte gab. Das heutige weltweite Ausgreifen der Volksrepublik beunruhigt viele Nachbarn. Am ehesten ist Indien noch blockfrei.

China ist für Deutschland der wichtigste Handelspartner. Zwischen den beiden Ländern wurden 2022 nach vorläufigen Ergebnissen Waren im Wert von 298,6 Milliarden Euro gehandelt. Wie lange kann dieser Balanceakt gut gehen?

Es ist eine verhängnisvolle Pfadabhängigkeit entstanden. Das zu korrigieren dürfte schwierig werden. Die Pfadabhängigkeit reicht so weit, dass einzelne Konzerne nach wie vor massiv in China investieren. Andere ziehen sich sachte zurück und wechseln in andere fernöstliche Länder.

Ist es in einzelnen Branchen nicht schon zu spät?

Nein. Es geht ja nicht darum, sich komplett aus China zurückzuziehen. Aber kein Unternehmen darf regelrecht von China abhängig werden. Das ist das Wichtigste. Die große Illusion der frühen



ROGER DE WECK

ist Bestsellerautor und Gastprofessor am College of Europe in Brügge. Zuletzt erschien bei Suhrkamp „Die Kraft der Demokratie. Eine Antwort auf die autoritären Reaktionäre“.



Blick in den Sitzungssaal der Bundesversammlung in Wien. Am 26. Oktober 1955 wurde das Bundesverfassungsgesetz über die „immerwährende Neutralität“ Österreichs verabschiedet

„Neutralität ist kein Schutz“

Österreich darf sich in seiner Sicherheitspolitik nicht mehr allein auf das Schutzpolster der Nato-Staaten rundum verlassen. Wie zeitgemäß ist die österreichische Neutralitätspolitik noch? // WOLFGANG SCHÜSSEL

Die österreichische Neutralität wird im Ausland zunehmend kritisch gesehen. Der renommierte *Economist* urteilt harsch: „Jedes Land auf dem Kontinent, das sich in dieser Frage (Ukraine-Krieg, *Anm.*) neutral erklärt, bekundet damit, dass ihm seine eigene Sicherheit nicht sonderlich am Herzen liegt (...) Nichtneutrale ärgert das. Denn ihre Kanonen verteidigen stillschweigend auch Länder wie Österreich, die sich noch mehr Butter aufs Brot streichen

wollen und obendrein über ihre Tugenden prahlen.“

Das schmerzt, aber stimmt es auch? Österreich hilft der Ukraine politisch, humanitär und wirtschaftlich und trägt solidarisch alle Sanktionen gegen Russland mit. Auch die Perspektive einer späteren Mitgliedschaft der Ukraine in der EU wird von unserem Land unterstützt. Militärische Transporte können aufgrund eines EU-Mandats, das wenige Tage nach dem russischen Überfall einstimmig angenommen wurde, Österreich durchqueren. Auch

notwendige Entminungsprojekte werden finanziell unterstützt. Die Neutralität Österreichs steht also in all diesen Fragen der Solidarität mit der Ukraine nicht im Wege.

Schwarz, weiß oder lieber grau?

Aber die Diskussion geht natürlich viel tiefer. Schweden und Finnland haben sich innerhalb weniger Wochen nach dem 24. Februar 2022, der die Sicherheitspolitik Europas nachhaltig verändert hat, für die Aufgabe ihrer Bündnisfreiheit und für einen Nato-Beitritt entschieden. Von den »



» 27 EU-Mitgliedsstaaten sind damit nur noch Malta, Zypern, Irland und Österreich neutral. Und auch in Irland findet eine intensive Diskussion statt. Außenminister Micheál Martin: „Ireland must have an open and honest debate on its longstanding military neutrality and the possibility of joining Nato“ („Irland muss eine offene und ehrliche Debatte über seine seit Langem bestehende militärische Neutralität und die Möglichkeit eines Nato-Beitritts führen“, d. Red.), *Financial Times*, 19. Mai 2023. In einem von dem Minister, der zudem auch das Verteidigungsressort führt, vor dem Dáil Parliament angekündigten konsultativen Forum Ende Juni wurden neben etwa 1000 Bürgern, Fachleuten und Diplomaten auch Experten anderer Länder wie Norwegen mit seinen bewährten friedensschaffenden Bemühungen, Finnland, Schweden und auch die Schweiz einbezogen. Dabei wurde untersucht, welche Bedeutung die Neutralität im gegenwärtigen geopolitischen Umfeld noch besitzt, welche sicherheitspolitischen Optionen die Insel hat und welche Verpflichtungen gegenüber den Partnern bestehen. „Staying as we are today or immediately seeking to join a military alliance such as Nato are not the only options.“ („Es ist nicht die einzige Option, so weiterzumachen wie bisher oder sofort den Beitritt zu einem Militärbündnis wie der Nato anzustreben.“)

Auch die Schweiz diskutiert – ein Leitartikel der *NZZ* vom 20. Mai bringt es auf den Punkt: „Die Welt braucht keine neutrale Schweiz mehr.“ Unter dem Eindruck des Ukraine-Kriegs näherte sich das ausländische Verständnis für die schweizerische Neutralitätspolitik dem Nullpunkt. Der Autor Andreas Rüesch empfiehlt als Weg aus dem Elfenbeinturm der Neutralitätsideologie die „Bündnisfreiheit“. Die Schweiz



DR. WOLFGANG SCHÜSSEL war von 2000 bis 2007 österreichischer Bundeskanzler, davor u. a. Abgeordneter zum Nationalrat, Klubobmann und Bundesparteiohmann der ÖVP, Wirtschaftsminister (1989–1995) und Außenminister (1995–1999). Er ist Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (ÖGAVN).

bräuchte nicht der Nato beizutreten, aber sie könnte gefahrlos ihre Politik der dauernden Neutralität aufgeben und sich ausbedingen, in gewissen Konstellationen keine Neutralität walten zu lassen. Ein Aggressionskrieg in Europa, der auch Schweizer Interessen berührte, wäre das Paradebeispiel einer solchen Konstellation. „Mehr Freiheit, weniger Neutralität“ hieße:

Der notwendige Beitrag Österreichs für den Fall eines Angriffs auf ein EU-Mitglied sollte jedenfalls gut vorbereitet werden

Die Schweiz bliebe frei von Bündnispflichten, aber öffnete einen Weg, um auch die Freiheit Europas zu stärken. Zum Beispiel mit der Lieferung von Militärmaterial an die Ukraine, die in ihrem Überlebenskampf auch auf die Schweiz angewiesen ist.

Die Neutralität gilt nicht mehr

Und Österreich? Wir haben zwar seit unserem EU-Beitritt 1995 unsere Hausaufgaben gemacht und die förmliche Verpflichtung übernommen, an der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU (Gasp) mitzuwirken. Mit dem einstimmig verabschiedeten Lissabon-Vertrag (in Kraft seit 2009) wurde eine wechselseitige Beistandsverpflichtung bei einem bewaffneten Angriff vereinbart. In der österreichischen Bundesverfassung wurde dem durch die Novelle des Artikels 23j Rechnung getragen. Einfach gesagt wird damit die Neutralität für den gesamten Bereich der Gasp und der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) ohne jede Einschränkung außer Kraft gesetzt. Anders formuliert: Bei jedem EU-Beschluss (wie auch bei einem UN- oder OSZE-Mandat) gilt die Neutralität nicht mehr. Vielleicht wäre es hilfreich, diese Zusammenhänge der Öffentlichkeit deutlicher zu machen. Denn der russische Angriff auf die Ukraine hat wohl endgültig alle Illusionen zunichtegemacht, dass das neutrale Österreich eine ungefährdete friedliche Insel wäre.

Neutralität ist kein Schutz, das haben die Ukraine und Moldau, die dies sogar einst in ihre Verfassungen schrieben, zu spüren bekommen. Der harte Kern unserer Neutralität – keine militärische Teilnahme an Kriegen und Bündnissen, keine fremden Militärstützpunkte – mag zwar bestehen bleiben, aber eine glaubwürdige Aufstockung unserer eigenen Verteidigungsfähigkeit, die enge Kooperation mit EU-Partnern und Synergien in der Zusammenarbeit mit der Nato im Rahmen der Partnership for Peace (Pfp) sind jedenfalls unerlässlich. Und auf europäischer Ebene sollte endlich eine offene Debatte geführt werden, wie sich die EU notfalls allein schützen kann, sollten die USA in einer anderen Weltregion mehr gefordert sein. Der notwendige Beitrag Österreichs für den Fall eines möglichen Angriffs auf ein EU-Mitglied (Art. 42/7 des EU-Vertrags) sollte jedenfalls gut vorbereitet werden und innenpolitisch außer Streit stehen. ●

Selbst um die Finanzierung der wenigen Abfangjäger, die Österreich besitzt, gibt es immer wieder heftige Diskussionen



FOTO: PICTURE ALLIANCE/ERWIN SCHERIAU/APA/PICTUREDESK.COM

„Es wird schon nix passieren“

Während Österreich in der Neutralitätsfrage wieder einmal herumeiert, fordert Altkanzler Schüssel das einzig Richtige: Einen offenen Diskurs // HUBERT NOWAK

Schon 2001 stellte Wolfgang Schüssel die Neutralität Österreichs infrage. „Die alten Schablonen – Lipizzaner, Mozartkugeln oder Neutralität – greifen in der komplexen Wirklichkeit des 21. Jahrhunderts nicht mehr“, so der Kanzler damals wörtlich am Nationalfeiertag im Ministerrat. Dass Schüssel die Neutralität in den Rang von Folklore herabstufte, sorgte in der Öffentlichkeit für gehörigen Wirbel. Sein Aufruf, über die Identität und das Selbstbild Österreichs – jenseits von Nostalgie – nachzudenken, wurde freilich nicht ernsthaft befolgt. Die angestoßene Debatte über einen Nato-Beitritt Österreichs versiegte bald wieder.

Wahrscheinlich saß vielen noch in den Knochen, dass vor dem EU-Beitritt 1995 mancherorts die Sorge geherrscht hatte, schon allein dieser könnte mit der Neutralität unvereinbar sein. Dennoch fand bald mit der Teilnahme an der Partnership for Peace (Pfp) eine Annäherung an die Nato statt, aber zugleich wurde Österreichs Verteidigungsbudget an den Rand des Kaputtsparens heruntergefahren. Mehr Geld für das Bundesheer wurde erst mit dem Überfall Russlands auf die Ukraine zugesagt.

Aber große Diskussionen über die Neutralität? Fehlanzeige. Selbst als Finnland und Schweden aus ihrer Neutralität unter den Nato-Schirm flüchteten, kamen hierzulande von allen Parteien Bekenntnisse zur Neutralität. In einem kürzlich aufgeflamten Disput über eine Hilfe bei der Entminung in der Ukraine wandte sich Verteidigungsministerin Klaudia Tanner (ÖVP) strikt gegen eine Teilnahme Österreichs, Bundespräsident Van der Bellen votierte öffentlich stark dafür und meinte, humanitärer Dienst sei mit der Neutralität jederzeit vereinbar. Tanner hingegen argumentierte, man könne bei einer Entminung von Landesteilen schwerlich unterscheiden zwischen einer Hilfe für die Zivilbevölkerung und einer Unterstützung des Militärs. Der politische Diskurs endete – man kann es so sagen – typisch österreichisch: Die Regierung entschied sich für finanzielle Unterstützung der



Österreich hat sich zur eigenständigen Verteidigung des Landes und der Neutralität verpflichtet, doch das Bundesheer leidet seit Jahrzehnten unter Unterdotierung

Entminungshilfe aus Europa, aber ohne personelle Beteiligung.

Österreich schlängelt sich wieder einmal durch, manche nennen es auch eine mehr oder weniger bequeme Lebenslüge. Auch

die Hoffnung des derzeitigen Kanzlers Karl Nehammer (ÖVP), Österreich könne sich mit der Neutralität als „Brückenbauer“ und Vermittler zwischen Ost und West betätigen, ist mehr Wunsch als Realität, jedenfalls im aktuellen Ukraine-Konflikt.

Dass nun Altkanzler Schüssel exklusiv im *Rotary Magazin* zwar nicht mehr so radikal wie 2001 die Neutralität in die Luft wirft, aber dennoch „endlich eine offene Debatte“ über die Sicherheit Europas einfordert, richtet sich somit auch an seine eigene Partei. Diplomatisch, wie er ist, adressiert er diesen Appell sicherheits halber an die gesamte EU. Gemeint ist natürlich auch die Innenpolitik. Aber so laut wie damals muss ein ehemaliger Kanzler nicht mehr sein.

Man kann darauf wetten, dass auch dieser Appell in Österreich schnell wieder in die Schublade gelegt wird. Zu problemfrei und smooth ist das Land seit 1955 mit seiner „immerwährenden“ Neutralität gefahren. Das nährte die Hoffnung, „es wird schon nix passieren“. Und wenn, dann wird man ja immer noch umdenken können.



HUBERT NOWAK
RC Perchtoldsdorf

ist Buchautor und Medienberater. Er war 40 Jahre lang als Journalist und Manager in verschiedenen Funktionen im ORF tätig, darunter als Moderator und stellvertretender Chefredakteur der „Zeit im Bild“ und als Landesdirektor des ORF Salzburg.

